

# PLENUM AKTUELL

07. – 09. Juni 2011

Themen und Positionen

**SPD**-Landtagsfraktion



## Verfehlte Arbeits- und Sozialpolitik

### CDU/FDP:

Sozialminister Grüttner beabsichtigt, das Ausbildungsbudget für junge Menschen ohne Ausbildung drastisch zu kürzen. Kürzungen von rund 40% gegenüber den ursprünglichen Zusagen des Ministers sind avisiert. Im Dezember 2010 wurden für die nächsten 4 Jahre noch 17,3 Mio. € versprochen, nun sollen nach den jüngsten Plänen des Ministers nur noch ca. 10 Mio. € zur Verfügung stehen. Das hätte verheerende Folgen für die Träger von Ausbildungsangeboten für benachteiligte Jugendliche.

Darüber hinaus gibt es auf Bundesebene weitere Kürzungen. CDU und FDP wollen die „arbeitsmarktpolitischen“ Instrumente in 2012 um insgesamt 2,5 Mrd. € kürzen. Bei den Eingliederungshilfen wurden bereits 2,7 Mrd. € gestrichen.

### SPD:

Mit dieser Kürzung im Ausbildungsbudget von rd. 7 Mio. € werden Hunderte von Ausbildungsplätzen für benachteiligte Jugendliche verloren gehen. Die SPD will keinen jungen Menschen ohne Ausbildung und damit ohne Chance auf einen Arbeitsplatz lassen. Insbesondere Jugendliche, die unter sozial benachteiligten Bedingungen aufwachsen, haben es schwer, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden. Sie sind dringend auf Unterstützung durch das Ausbildungsbudget angewiesen.

Der zunehmende Fachkräftemangel erfordert eher ein stärkeres Engagement bei der Qualifizierung junger Menschen als Kürzungen. Unser Ziel ist es, benachteiligte Jugendliche in Ausbildung zu bringen, ihnen zu einem Abschluss zu verhelfen, so dass sie ihren künftigen Lebensunterhalt selbst verdienen können. Die beabsichtigte Kürzung beim Ausbildungsbudget ist eine Katastrophe für benachteiligte Jugendliche und stellt einen erneuten Wortbruch der Landesregierung gegenüber den Kommunen dar.

## Vergabegesetz und Mindestlohnforderung!

Die SPD fordert mit einem eigenen Gesetzentwurf fairen Wettbewerb um gute Arbeit und keinen Wettbewerb um den niedrigsten Lohn. Das ist u.a. Inhalt eines Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetzes, das die SPD im Hessischen Landtag eingebracht hat. Demnach müssen von Unternehmen bei staatlichen Aufträgen bestimmte Standards eingehalten werden, wie z.B. bei der Bezahlung. Die SPD fordert einen Mindestlohn von 8,50 €! Gerade vor dem Hintergrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit seit dem 1. Mai 2011 besteht aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf. Wir wollen keine Billiganbieter, die Beschäftigte ausbeuten, sondern gute Arbeit und beste Qualität bei ordentlicher Bezahlung auf Basis gültiger Tarifverträge. Dabei schützt die SPD mit dem Vergabegesetz verantwortungsbewusste Unternehmen vor solchen, die sich mithilfe von Lohndumping und Ausbeutung ihrer Mitarbeiter einen Vorteil verschaffen wollen.

Darüber hinaus fordert die SPD die Landesregierung zu einer Bundesratsinitiative auf, mit dem Ziel, einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € einzuführen. Derzeit müssen ca. 1,5 Mio. Menschen Grundsicherung beantragen, da sie unter dem Existenzminimum liegen und mit ihrem viel zu geringen Verdienst nicht auskommen können. Das kostet den Staat derzeit ca. 11 Mrd. €. Daher ist dringend ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 € erforderlich, um die öffentlichen Haushalte zu entlasten und vor allem die Einkommenssituation vieler Arbeitnehmer(innen) zu verbessern. Von dieser Maßnahme würden ca. 5 Mio. Menschen profitieren, die dann spürbar mehr Geld zur Verfügung hätten.

## „Falsches“ Schulgesetz verabschiedet

### CDU/FDP:

Ein neues Schulgesetz wurde von der Landesregierung durchgeboxt, gegen alle Stimmen der Opposition. Kein länger gemeinsames Lernen ist gewollt und an der Verkürzung des gymnasialen Bildungswegs, d.h. an „G 8“ wird festgehalten.

Die Einführung einer sog. „Mittelstufenschule“ ist bereits seit anderthalb Jahren angekündigt, wurde im Gesetz verankert, aber bisher gibt es nur 15 interessierte Schulen. Damit will die Regierung die Probleme der Hauptschule lösen. Das Konzept sieht vor, Haupt- und Realschüler in der Klasse 5 und 6 gemeinsam zu unterrichten und anschließend wieder zu selektieren.

Das Thema „Inklusion“ – Kinder mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf nach Elternwunsch gemeinsam zu unterrichten und individuell zu fördern – bleibt bei dem Gesetz auf der Strecke. Zum einen steht die Inklusion unter Ressourcenvorbehalt und zum anderen fehlen wichtige Ausführungsverordnungen für die Umsetzung vor Ort.

### SPD:

Die Chance wurde vertan, das von der SPD eingebrachte Schulgesetz, das auf viel Lob der Verbände stieß, zu verabschieden.

Länger gemeinsames Lernen, Rückkehr zu „G 9“, eine erweiterte Realschule (als Übergangszeit) für die Abschaffung der Hauptschule sowie individuelle Förderung waren Zielsetzung.

Die flexible Eingangsstufe und die flexible Oberstufe ( in einem echten Kurssystem in 2 – 4 Jahren zu durchlaufen ) waren unsere Antworten auf eine Schulzeitverkürzung, die für die Kinder verträglicher als G 8 gewesen wäre.

Die SPD hat die Vorgaben der UN-Konvention ernst genommen und das Thema Inklusion aufgenommen. Das heißt nicht Abschaffung der Förderschulen, wie gern von der Regierung behauptet wurde, sondern unser Gesetz sah vor, dass auf Elternwunsch dem Kind mit sonderpädagogischen Förderbedarf eine Beschulung in der Regelschule ermöglicht werden muss.

## Atomausstieg ist noch keine Energiewende

Widersprüchliche Aussagen von CDU und FDP auf Bundes- und Landesebene haben die SPD Landtagsfraktion veranlasst, nochmals die Bedingungen und Forderungen für die dringend notwendige Energiewende zu formulieren. Dabei ist für uns neben einem schnellstmöglichen Atomausstieg - innerhalb eines Jahrzehnts (ohne „Kaltreserve“) - die dezentrale Energieproduktion absolut wichtig. Die Fehlentscheidungen der schwarz-gelben Bundesregierung mit der unverantwortlichen Verlängerung der Laufzeiten werden nun zu Schadenersatzforderungen der Atomwirtschaft in Milliardenhöhe führen.

Der Energiemix der Zukunft basiert für uns in erster Linie auf dezentral gewonnener Energie. Unbedingt dazu gehört der Ausbau dezentraler Onshore-Windkraftanlagen und keine Kürzung der Einspeisevergütung für diese. CDU und FDP wollen aber gem. neuem EEG-Gesetzentwurf Kürzungen bei der preiswerten und schneller umsetzbaren Onshore-Windkraft zugunsten der Windkraft in Nord- und Ostsee (Offshore-Windkraft) vornehmen. Dies würde weiteren Netzausbau erfordern und den Ausbau kleinerer dezentraler Anlagen verhindern. Allein in Hessen erwarten Experten, dass sich dann bis zu 50% der potentiellen Flächen für Windkraft nicht mehr rechnen. Weiter beabsichtigt schwarz-gelb die Kürzung der Einspeisevergütung für PV-Dachanlagen. Auch dies findet nicht unsere Zustimmung, denn damit wären zahlreiche mittelständische Arbeitsplätze gefährdet. Die Vergütungskürzungen für bestehende Biogasanlagen im neuen EEG werden ebenso von uns abgelehnt, da Biogasanlagen weiterhin zu unserem Energiekonzept gehören. Wir fordern die beabsichtigte Novellierung des EEG sofort zu stoppen, da sie in die völlig falsche Richtung läuft und wiederum die „Großen“ stärkt!

Unser Ziel ist es, dass die Kommunen und Stadtwerke verstärkt zu Energieerzeugern werden und dass die Macht der großen Energiekonzerne Stück für Stück eingedämmt wird. So fördern wir regionale Wertschöpfung, stärken die kommunalen Kassen und die Akzeptanz in der Bevölkerung.